**AUSZUG AUS DEM
WORTPROTOKOLL**

**der 19. Sitzung der
XIX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Donnerstag, 1. Februar 2007

10.08 Uhr - 22.34 Uhr

Tagesordnung

- 1.
- 2.
- 3.
4. *Grundsteuerbefreiungsgesetz 1996; Änderung*
- 5.
- 6.
- 7.
- 8.
9. . . . .

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 353), mit dem das Grundsteuerbefreiungsgesetz 1996 geändert wird (Zahl 19 - 216) (Beilage 364)

Berichterstatterin: Andrea G o t t w e i s (S. 2558)

Redner: Johann T s c h ü r t z (S. 2559), Mag. Werner G r a d w o h l (S. 2559) und Gerhard P o n g r a c z (S. 2560)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2560)

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 353), mit dem das Grundsteuerbefreiungsgesetz 1996 geändert wird (Zahl 19 - 216) (Beilage 364)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Die Berichterstattung über den 4. Punkt der Tagesordnung, es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 353, mit dem das Grundsteuerbefreiungsgesetz 1996 geändert wird, Zahl 19 - 216, Beilage 364, wird Frau Landtagsabgeordnete Andrea Gottweis vornehmen

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Andrea Gottweis: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das

Grundsteuerbefreiungsgesetz 1996 geändert wird, in ihrer 13. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 17. Jänner 2007, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatteerin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz- Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Grundsteuerbefreiungsgesetz 1996 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem ich doch annehme, dass dieser Novellierung keine Partei im Wege steht, möchte ich in aller Kürze Folgendes festhalten: Die Gewährung von Wohnbauförderungsmittel war die Voraussetzung für eine Zuwendung der Grundsteuerbefreiung.

Nun ist es so, dass das geändert werden soll. Das ist auch gut und richtig, dass auch diejenigen, die dann im Endeffekt kein Haus bauen, dann ebenfalls, wenn sie einen Anspruch auf eine Wohnbauförderung hätten, zu diesem Genuss kommen könnten.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir das vielleicht zum Anlass nehmen sollten, dass auch bestimmte andere Leistungen nur dann an Befreiungen gebunden sind, wenn es eine Antragstellung gibt. Wir sollten also auch unter Umständen diesbezüglich nachdenken.

Da gibt es nämlich, speziell im Bereich der Familien, mehrere Beispiele, wo wir wirklich daran gehen sollten, auch dort eine Antragstellung unabhängig zu machen.

Es wird richtig und wichtig sein, dass auch diejenigen, die dann nicht unbedingt zu einer besagten Zeit eine schriftliche Eingabe machen, zu dem kommen, was ihnen zusteht, auch wenn es automatisch vom Behördenweg passiert.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Gradwohl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der geringe Entfall von Einnahmen der Gemeinden rechtfertigt, dass diese Novelle beschlossen wird. *(Abg. Gerhard Pongracz: Was soll das? Warum Rechtfertigung durch geringen Entfall von Einnahmen? So ein Blödsinn!)*

Zum einen, weil dadurch eine Gleichstellung aller Wohnungswerber und Hausbauer erfolgt, zum anderen, und das steht übrigens auch so im Vorblatt, im Gesetz selbst so drinnen, Herr Kollege, benötigt man gerade am Start, am Beginn einer Familien- oder Lebensgemeinschaftsgründung oder aber auch bei der Gründung eines Singlehaushaltes sicherlich jeden Cent. Ich finde außerdem, dass auch diese Koppelung der zeitlichen Befreiung von der Grundsteuer an die Wohnbauförderung nicht mehr zeitgemäß ist.

Nichtsdestotrotz hat unsere burgenländische Wohnbauförderung, das möchte ich hier auch betonen, sowohl für die Hunderten Einfamilienhausbauer und Wohnungswerber, als auch für die heimische Wirtschaft einen hohen Stellenwert. Es sollte daher, so, wie das auch geschieht, nach den Bedürfnissen angepasst werden.

Ich habe daher namens meiner Fraktion auch einen dementsprechenden Antrag hier im Hohen Haus eingebracht, der sowohl die Wohnbauförderung auf Förderung von Sicherheitsmaßnahmen erweitern, aber auch, so, wie wir das in der Pflegeenquete apostrophiert haben, für Generationen pflegegerechte Standards erhalten soll.

Dieser Antrag, der die Wohnbauförderung nicht direkt, sondern nur indirekt betrifft, und von allen Parteien offensichtlich goutiert wird, ist ein zeitgemäßer. Daher soll auch das Gesetz in diesem Fall in unserem Sinne abgeändert werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pongracz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Pongracz (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gradwohl! Sie haben erwähnt, dass die geringen Verluste von Einnahmen bei den Gemeinden es rechtfertigen, dass diese Novelle beschlossen wird. Ich glaube, dass die Gemeinden Verluste haben. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Geringer Entfall von Einnahmen, habe ich gesagt.)* Das ist allerdings schwer recht zu fertigen, denn es ist vielmehr so, dass die Gemeinden das in Kauf nehmen. Das, was dieses Gesetz rechtfertigt ist nämlich die Gleichberechtigung zwischen so genannten „Häusbauern“ oder Wohnraumschaffenden, die Wohnbauförderungsmittel in Anspruch nehmen dürften, dies aber nicht tun. Daher finde ich dieses Gesetz sehr sinnvoll. Wenn man die Gleichberechtigung hochhält, dann sollen auch diese Bürgerinnen und Bürger in den Genuss dieser Grundsteuerbefreiung kommen.

Was mir aber auch noch hier aufgefallen ist, ist die Tatsache, und dafür bedanke ich mich bei den Verantwortlichen der Landesregierung, dass die Gemeinden, wenn sie schon leichte Verluste hinnehmen müssen, nicht die Kontrollorgane sind und schauen müssen, ob derjenige überhaupt ein Wohnbaudarlehenswerber sein kann.

Das läuft alles über die Abteilung. Es wird dann auch die Gemeinde verständigt, beziehungsweise im umgekehrten Sinn geht das über die Landesregierung, um einen Widerruf hervorzuholen.

Die Gemeinden sind also nicht mit mehr Arbeit belastet. Daher bedanke ich mich hier bei den Damen und Herren der Landesregierung, die das so vereinbart haben.

Wir werden diesem Gesetz selbstverständlich unsere Zustimmung erteilen.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, hat die Frau Berichterstatterin das Schlusswort. *(Abg. Andrea Gottweis: Ich verzichte!)*

Die Frau Berichterstatterin hat verzichtet, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Grundsteuerbefreiungsgesetz 1996 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Grundsteuerbefreiungsgesetz 1996 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.